

N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 02.09.2026

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 19:08 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau

Teilnehmer/-innen: siehe Anwesenheitsliste

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Reck eröffnet die Sitzung des Haupt- und Personalausschusses und begrüßt die Anwesenden. Er stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 8 Ortschaftsratsmitgliedern fest.

Beschlussfassung der Tagesordnung

2

Herr Dr. Reck stellt fest, die Tagesordnung zur Beschlussfassung. Einwände oder Änderungswünsche liegen nicht vor.

3 Genehmigung der Niederschrift vom 25.03.2026, 15.04.2026, 06.05.2026, 24.06.2026

Herr OB Dr. Reck gibt die Niederschriften zur Abstimmung.

Niederschrift 25.03.2026	4:0:4
Niederschrift 15.04.2026	7:0:1
Niederschrift 06.05.2026	5:0:3
Niederschrift 24.06.2026	7:0:1

Die Niederschriften sind genehmigt.

4 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Aus dem nichtöffentlichen Teil der Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 24. Juni werden folgende Beschlüsse bekannt gegeben:

- eine Vorlage im Zusammenhang mit einer möglichen Rechtsformumwandlung des Städtischen Klinikums,

- der Beschluss über die Erfüllung der Zielvereinbarung mit dem Geschäftsführer der DVV für das Geschäftsjahr 2025 sowie die entsprechende Abrechnung der Zielvereinbarung,
- die Abrechnung der Zielvereinbarung mit der Geschäftsführung der DWG für das Jahr 2025,
- eine Vorlage des Rechtsamtes zur Klage gegen den Widerruf eines Zuwendungsbescheides,
- die Übertragung der städtischen Anteile am UNESCO-Weltkulturerbe Dessau-Wörlitzer Gartenreich sowie an der Anhaltischen Gemäldegalerie an die Kulturstiftung Dessau-Wörlitz,
- der Verkauf von Grün- und Ackerflächen im Bereich Randstraßen/Alten,
- die Aufhebung eines Erbbaurechtsvertrages sowie der Verkauf des Grundstücks Kantorstraße 49 einschließlich der Erteilung einer Belastungsvollmacht.
- Übertragung der Immobilie Leipziger Torhaus einschließlich des Erbbaurechts als Grundsatzbeschluss
- Besetzung der Stelle des Amtsleiters des Amtes für zentrales Gebäudemanagement

Zu allen genannten Vorlagen wurden die entsprechenden Beschlüsse gefasst.

5 Bekanntgabe und Begründung von Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters

Im Berichtszeitraum wurden keine Eilentscheidungen getroffen.

6 Einwohnerfragestunde

Ein Einwohner thematisiert die Frage, weshalb seine Eigenschaft als Einwohner der Stadt Dessau-Roßlau in Zweifel gezogen wird. Er berichtet, dass er seit mehreren Jahren Einwohnerfragen stellt und am Vortag von der Leiterin des Referats des Oberbürgermeisters aufgefordert worden sei, seinen Wohnsitz in Dessau-Roßlau nachzuweisen. Er erklärt, dass er sich habe ausweisen wollen, dies jedoch seitens der Verwaltung nicht ermöglicht worden ist. Er weist darauf hin, dass er die Verwaltung über seinen Umzug innerhalb des Stadtgebietes informiert habe und die Post der Stadt ihn problemlos erreiche. Er empfinde das Vorgehen als Schikane.

Herr OB Dr. Reck erklärt, dass er die konkrete Situation des Vortages nicht beurteilen könne. Grundsätzlich könne die zuständige Mitarbeiterin Gründe gehabt haben, nach dem Wohnsitz zu fragen. Eine entsprechende Ausweisung halte er nicht

für unzumutbar. Er weist darauf hin, dass auch Beschäftigte der Stadtverwaltung teilweise nicht in Dessau-Roßlau wohnen und Ummeldungen der Verwaltung nicht automatisch mitgeteilt würden.

Der Einwohner stellt klar, dass er sich habe ausweisen wollen, dies jedoch nicht habe tun dürfen. Herr Dr. Reck erklärt, dass er die konkrete Situation daher nicht abschließend beurteilen könne.

Herr Nothdurft, Fraktion der AfD, nimmt Bezug auf den Vorgang aus der Sitzung des Ausschusses für Finanzen und kritisiert die Art und Weise, in der der Einwohner wiederholt in den Sitzungen vorspreche. Er weist darauf hin, dass dieser einerseits auf seinem Recht auf Anonymität bestehe, andererseits jedoch unter seinem Namen öffentlich auftrete und Beschäftigte der Verwaltung namentlich anspreche. Aufgrund der angegebenen Wohnsitzänderung habe die Verwaltung um einen Wohnsitznachweis gebeten, den der Einwohner abgelehnt habe. Er fordert ihn zu mehr Transparenz auf und regt an, die Art seiner Vorsprache zu überdenken.

Herr OB Dr. Reck weist darauf hin, dass zunächst die Anträge der Stadträte abgearbeitet werden, und bittet um weitere Einwohnerfragen von allgemeinem Interesse.

Der Einwohner fragt anschließend nach der Arbeitsweise der Verwaltung. Er berichtet, dass er seit 2022 versucht, Einsicht in öffentliche Niederschriften zu erhalten, und verweist auf § 58 Abs. 3 KVG LSA. Für die Einsichtnahme und die Anfertigung von Kopien habe er 436 Euro entrichtet. Bei einem vom Oberbürgermeister zugesagten Termin seien ihm jedoch lediglich nichtöffentliche Niederschriften vor-gelegt worden, deren Einsichtnahme er abgelehnt habe.

Da die von ihm bezahlte Leistung bislang nicht erbracht worden sei, habe er die Rückerstattung der 436 Euro verlangt. Die entsprechenden Nachweise habe er bei der Verwaltung und der Stadtkasse eingereicht. Gegen die Rechnung habe er fristgerecht Widerspruch eingelegt. Eine Reaktion der Stadt sei bislang nicht erfolgt.

Mit Schreiben vom 13. Juli 2026 habe er der Verwaltung mitgeteilt, dass er den Betrag ab dem 26. Juli 2026 bei der Stadtkasse abholen werde. Daraufhin sei ihm mitgeteilt worden, dass der Vorgang geprüft und anschließend beantwortet werde. Er habe dennoch angekündigt, das Geld abzuholen.

Am 26. Juli 2026 habe er sich zur Stadtkasse begeben. Dort sei es zu einer Auseinandersetzung gekommen. Nach seiner Darstellung sei lediglich eine Person zur Prüfung der Rechnung befugt gewesen, die sich zu diesem Zeitpunkt im Urlaub befunden habe. Schließlich sei der Sicherheitsdienst hinzugezogen worden und er habe das Rathaus ohne Auszahlung verlassen. Auch einen weiteren Monat später habe er nach eigenen Angaben keine Zahlung erhalten.

Herr OB Dr. Reck unterbricht den Einwohner und weist darauf hin, dass es sich nach seiner Einschätzung um eine Angelegenheit von persönlichem Interesse und nicht um eine Einwohnerfrage von allgemeinem Interesse handelt. Die

Angelegenheit könne schriftlich beantwortet werden, da ihm die erforderlichen Hintergründe fehlten.

Der Einwohner fragt abschließend, ob er den offenen Betrag am folgenden Tag bei der Stadtkasse abholen könne.

Herr OB Dr. Reck schlägt vor, die Angelegenheit zunächst zu prüfen und anschließend eine qualifizierte Auskunft zu erteilen. Er weist darauf hin, dass für die Beantwortung im üblichen Verwaltungsverfahren eine Frist von bis zu vier Wochen vorgesehen sei.

Der Einwohner stellt fest, dass eine Auszahlung am folgenden Tag somit nicht zugesagt werden kann.

Anschließend wird gefragt, ob weitere Einwohner anwesend sind und Fragen stellen möchten. Danach wird zur Beschlussfassung übergegangen.

7 Beschlussfassungen

7.1 Wahl einer Schiedsperson für die Schiedsstelle II der Stadt Dessau-Roßlau **Vorlage: BV/193/2026/I-07**

Herr OB Dr. Reck ruft die Beschlussvorlage zur Wahl einer Schiedsperson für die Schiedsstelle der Stadt Dessau-Roßlau auf. Nach der Vorberatung im Gremium erfolgt die abschließende Entscheidung im Stadtrat.

Er informiert darüber, dass Frau Salander ihre Kandidatur zurückgezogen hat. Die anwesenden Kandidatinnen und Kandidaten erhalten auf Wunsch Gelegenheit zu einer kurzen persönlichen Vorstellung.

Frau Hagen stellt sich vor. Sie ist 58 Jahre alt, verheiratet und hat drei erwachsene Kinder. Sie ist ausgebildete Krankenschwester, hat Pädagogik studiert und war langjährig selbstständig im Bereich Pflegedienst und Betreutes Wohnen tätig. Zudem war sie als Einrichtungsleiterin und Pflegedienstleiterin tätig und arbeitet derzeit als Dozentin für Pflegeberufe.

Herr Nulsch stellt sich ebenfalls kurz vor. Er ist 49 Jahre alt und arbeitet als Hausmeister. Als Hobby nennt er insbesondere die Fotografie.

Herr OB Dr. Reck bedankt sich bei beiden Kandidaten für ihre Vorstellung und ihre Bereitschaft zur Übernahme des Amtes. Anschließend stellt er die Wahlvorschläge unter Ausschluss der zurückgezogenen Kandidatur zur Abstimmung.

Der Beschluss wird **einstimmig** angenommen.

Der Stadtrat wählt für die Besetzung der Schiedsstelle II der Stadt Dessau-Roßlau nach § 4 Abs. 1 Schiedsstellen- und Schlichtungsgesetz (SchStG) folgende Schiedsperson:

.....

Abstimmungsergebnis: 10:00:00

7.2 Unternehmensangelegenheiten - Entlastung des Verwaltungsrates der Stadtparkasse Dessau für das Geschäftsjahr 2025 Vorlage: BV/177/2026/II-20BTM

Herr OB Dr. Reck ruft den Tagesordnungspunkt zur Entlastung des Verwaltungsrats der Stadtparkasse Dessau für das Geschäftsjahr 2025 auf.

Herr Nothdurft, Herr Adamek sowie Herr Dr. Reck erklären Ihre Befangenheit und nehmen nicht an der Abstimmung teil.

Herr Weber, Fraktion der F-B-F, regt an, dass die betroffenen Mitglieder den Sitzungssaal für die Beratung verlassen, um eine mögliche Beeinflussung durch ihre Anwesenheit auszuschließen. Herr Rumpf erläutert, dass Mitglieder bei Befangenheit den Sitzungstisch verlassen müssen. Bei öffentlichen Tagesordnungspunkten können sie im Zuschauerbereich Platz nehmen; bei nichtöffentlichen Tagesordnungspunkten ist der Sitzungssaal zu verlassen.

Die betroffenen Mitglieder verlassen daraufhin den Sitzungssaal.

Da keine weiteren Fragen, Hinweise oder Ergänzungen vorliegen, erfolgt die Abstimmung über die Entlastung des Verwaltungsrats der Stadtparkasse Dessau für das Geschäftsjahr 2025.

Der Beschluss wird **einstimmig** angenommen. Gegenstimmen und Enthaltungen gibt es nicht.

Anschließend werden die betroffenen Mitglieder wieder in den Sitzungssaal gebeten und der nächste Tagesordnungspunkt aufgerufen.

Die Entlastung des Verwaltungsrates der Stadtparkasse Dessau für das Geschäftsjahr 2025 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 07:00:00

7.3 Unternehmensangelegenheiten - Jahresabschluss 2025 der Industriehafen Roßlau GmbH (IHR) Vorlage: BV/181/2026/II-20BTM

Herr OB Dr. Reck ruft die Beschlussvorlage zum Jahresabschluss der Industriehafen Roßlau GmbH auf.

Herr George, Fraktion Bündnis90/Die Grünen, regt an, den Tagesordnungspunkt für einen aktuellen Ausblick auf die Entwicklung des Industriehafens zu nutzen.

Herr Ulbrich, Beigeordneter für Finanzen, erklärt, dass konkrete Erkenntnisse aus Aufsichtsratssitzungen nicht im öffentlichen Teil behandelt werden können. Zur weiteren Entwicklung der Gesellschaft liege jedoch eine entsprechende Beschlusslage vor. Der Gesellschafter werde sich mit der Fortführung und zukünftigen Ausrichtung der GmbH befassen. Hierzu seien verwaltungsintern bereits Vorarbeiten erfolgt. Eine entsprechende Beschlussvorlage mit konkreten Optionen liege vor und solle dem Stadtrat zur Beratung vorgelegt werden. Die weitere Entwicklung des Geschäftsbetriebes verlaufe derzeit auf Grundlastniveau.

Herr Schöнемann, fraktionsloses Mitglied des Stadtrates, bittet darum, die Zukunftsperspektive des Industriehafens zeitnah öffentlich darzustellen. Insbesondere im Hinblick auf die Bedeutung für Roßlau und die wirtschaftlich schwierige Situation seien die Entwicklungsmöglichkeiten, Chancen und Maßnahmen zur Revitalisierung und besseren Nutzung des Areals von Interesse.

Herr Dr. Reck nimmt den Wunsch auf und verweist darauf, dass eine entsprechende Beschlussfassung vorgesehen ist.

Herr Weber, Fraktion F-B-F, weist darauf hin, dass Unternehmensangelegenheiten aufgrund der gesetzlichen Vorgaben und der Gesellschaftsverträge im nichtöffentlichen Teil behandelt werden müssten. Transparenz sei dennoch im zulässigen Rahmen sicherzustellen.

Anschließend wird die Beschlussvorlage zum Jahresabschluss, zur Ergebnisverwendung sowie zur Entlastung der Geschäftsführung jeweils

Der Haupt- und Personalausschuss empfiehlt der Gesellschafterversammlung den geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss 2025 der Industriehafen Roßlau GmbH mit einer Bilanzsumme von 4.473.253,41 EUR und einem Jahresfehlbetrag von 211.773,61 EUR einschließlich Lagebericht festzustellen.

Abstimmungsergebnis:1 0:00:00

7.4 Unternehmensangelegenheiten: Jahresabschluss 2025 der Industriehafen Roßlau GmbH (IHR) - Ergebnisverwendung Vorlage: BV/182/2026/II-20BTM

Der Haupt- und Personalausschuss empfiehlt der Gesellschafterversammlung der Industriehafen Roßlau GmbH folgenden Beschluss zu fassen: Der Jahresfehlbetrag 2025 in Höhe von 211.773,61 EUR wird dem aus Vorjahren bestehenden

Verlustvortrag von 2.068.356,00 EUR hinzugerechnet und der daraus ergebende Bilanzverlust von 2.280.129,61 EUR wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Abstimmungsergebnis: 10:00:00

**7.5 Unternehmensangelegenheiten - Entlastung der Geschäftsführung
der Industriehafen Roßlau GmbH (IHR) für das Geschäftsjahr 2025
Vorlage: BV/183/2026/II-20BTM**

Der Haupt- und Personalausschuss empfiehlt der Gesellschafterversammlung die Entlastung des Geschäftsführers der Industriehafen Roßlau GmbH, Herrn Peer Sascha Riebe, für das Geschäftsjahr 2025.

Abstimmungsergebnis: 10:00:00

**7.6 Unternehmensangelegenheiten - Entlastung des Aufsichtsrates der
Industriehafen Roßlau GmbH (IHR) für das Geschäftsjahr 2025
Vorlage: BV/184/2026/II-20BTM**

Befangen: Herr Mrosek, Herr Eichelberg

Der Haupt- und Personalausschuss empfiehlt der Gesellschafterversammlung der Industriehafen Roßlau GmbH der Entlastung des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2025 zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis: 08:00:00

**7.7 Fraktionsbeiträge im Amtsblatt erweitern
Vorlage: FV/008/2026/**

Herr Nolte, fraktionsloses Mitglied des Stadtrates, bringt seinen Antrag ein, fraktionslosen Stadträten im Amtsblatt regelmäßig die Möglichkeit zur Veröffentlichung eigener Beiträge einzuräumen. Er begründet dies mit dem Recht und der Verantwortung aller gewählten Stadträte, gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern über politische Themen zu informieren und Stellung zu beziehen. Aufgrund der derzeitigen Anzahl fraktionsloser Stadträte hält er eine entsprechende Möglichkeit für angemessen. Die konkrete Ausgestaltung, insbesondere Umfang und Häufigkeit der Beiträge, soll durch die Redaktion des Amtsblattes geprüft werden.

Herr J. U. Weber, Fraktion der ABV; unterstützt den Antrag grundsätzlich und betont, dass auch fraktionslose, von den Bürgern gewählte Stadträte ein Äußerungsrecht erhalten sollten. Über Umfang und Häufigkeit könne beraten werden.

Herr George, Fraktion Bündnis90/Die Grünen, erklärt, dass seine Fraktion den Antrag ebenfalls unterstützt. Er verweist auf die Bedeutung der politischen Teilhabe

fraktionsloser Stadträte und hält die von der Verwaltung angeführten Kosten für vertretbar.

Herr Eichelberg, Fraktion der SPD, unterstützt die Vorlage ebenfalls und regt an, verschiedene Möglichkeiten wie eine halbe Seite oder eine Veröffentlichung in größeren Abständen durch die Verwaltung prüfen zu lassen.

Herr L. Nothdurft, Fraktion der AfD, spricht sich gegen eine Ausweitung der im Amtsblatt eingeräumten Möglichkeiten auf einzelne Stadträte aus. Er verweist auf die besondere Rolle der Fraktionen und äußert die Sorge, dass das Amtsblatt für persönliche Auseinandersetzungen genutzt werden könnte.

Herr H. Weber, Fraktion der F-B-F, erklärt, dass seine Fraktion den Antrag ebenfalls nicht unterstützt, allerdings aus anderen Gründen. Er verweist auf die Bedeutung der Fraktionsbildung für die Arbeitsfähigkeit des Stadtrates und die entsprechenden Regelungen der Kommunalverfassung. Gleichzeitig betont er, dass Herr Nolte als Stadtrat geschätzt werde und eine Zusammenarbeit bei sachlichen Beiträgen möglich sei.

Herr Schönemann, fraktionsloses Mitglied des Stadtrates, spricht sich für eine Öffnung des Amtsblattes aus und verweist auf die zunehmende politische Vielfalt. Auch fraktionslose Stadträte sollten die Möglichkeit erhalten, ihre Positionen darzustellen. Über Umfang und Häufigkeit könne eine geeignete Regelung gefunden werden.

Herr Adamek, Fraktion der CDU, erklärt, dass seine Fraktion die Arbeit von Herrn Nolte anerkenne, eine personifizierte Seite im Amtsblatt jedoch nicht für sinnvoll halte. Als Alternative verweist er auf Gastbeiträge auf den Seiten anderer Fraktionen.

Herr Nolte, fraktionsloses Mitglied des Stadtrates, weist darauf hin, dass die Möglichkeit von Gastbeiträgen nach seiner Kenntnis von der Verwaltung eingeschränkt wurde. Er hält es für wichtig, dass fraktionslose Stadträte unabhängig von anderen Fraktionen die Möglichkeit zur politischen Äußerung erhalten.

Herr Eichelberg, Fraktion der SPD, regt erneut einen Kompromiss an, beispielsweise eine halbe Seite für fraktionslose Stadträte oder eine Veröffentlichung in jedem dritten Monat. Die Verwaltung solle hierzu einen Vorschlag erarbeiten.

Herr J. U. Weber, Fraktion der ABV, betont die Bedeutung einzelner gewählter Stadträte für die kommunale Meinungsbildung. Auch Einzelbewerber sollten die Möglichkeit erhalten, ihre politischen Positionen darzustellen. Über Umfang und Ausgestaltung könne ein angemessener Kompromiss gefunden werden.

Anschließend wird über den Antrag von Herrn Nolte abgestimmt. Der Antrag, die Seiten im Amtsblatt verbindlich zu erweitern und die Verwaltung mit der Umsetzung zu beauftragen, wird **abgelehnt**.

1. Die Fraktionsseiten des Amtsblattes der Stadt Dessau-Roßlau werden erweitert, damit auch fraktionslose Mitglieder des Stadtrates Beiträge einbringen können.
2. Die Redaktion des Amtsblattes wird beauftragt, geeignete Rahmenbedingungen für diese Beiträge zu entwickeln (siehe Begründung).

Abstimmungsergebnis: 04:05:01

8 Öffentliche Anfragen und Informationen

Herr Adamek, Fraktion der CDU, erkundigt sich nach dem aktuellen Sachstand im Tierpark. Er verweist auf mehrere noch offenen Maßnahmen aus dem Tierparkkonzept und die gestiegenen Kosten für den Dromedarstall. Er fragt, wie die Umsetzung der vorgesehenen Projekte bis 2030 sichergestellt werden soll.

Herr Dr. Reck erklärt, dass der Dromedarstall im Haushalt berücksichtigt ist. Weitere Maßnahmen sollen nach der Überarbeitung des Konzeptes konkretisiert werden. Im Rahmen der BUGA-Vorlage sind zusätzliche Mittel für den Tierpark vorgesehen. Als Schwerpunkte nennt er insbesondere Zaun, Sozialgebäude, Dromedarstall und Eingangsbereich. Auch die Gestaltung des Bahnareals und die Parkplatzsituation sollen geprüft und im Bauausschuss weiter beraten werden.

Herr Adamek, Fraktion der CDU, bittet insbesondere darum, die Errichtung des Zauns erneut zu prüfen, und fragt nach zusätzlichen Parkmöglichkeiten. Der Oberbürgermeister sagt zu, das Thema aufzunehmen und gegebenenfalls in das Maßnahmenpaket einzubeziehen. Eine weitere Beratung soll im Bauausschuss erfolgen.

Herr Adamek, Fraktion der CDU, erkundigt sich außerdem nach der Auszahlung eines im Haushalt vorgesehenen Zuschusses an den Stadtfeuerwehrverband. Von den vorgesehenen 3.000 Euro seien 1.800 Euro ausgezahlt worden. Er fragt, ob es sich hierbei um eine anteilige Auszahlung aufgrund der Haushaltssperre handelt.

Frau Kuhnt, Referatsleiterin des Oberbürgermeisters, erklärt, dass die Auszahlung entsprechend der beschlossenen 60-Prozent-Regelung erfolgt sei. Herr Adamek weist darauf hin, dass gemeinnützige Vereine von der Haushaltssperre ausgenommen seien.

Herr Dr. Reck sagt eine Prüfung des Sachverhalts zu.

Herr Schönemann, fraktionsloses Mitglied des Stadtrates, bittet um eine grundsätzliche Befassung mit der Zukunft und Perspektive des Kulturbereiches. Er verweist auf den bestehenden Personalmangel, die angespannte Haushaltslage und die Bedeutung der Kultur für die Stadt. Er bittet den Oberbürgermeister, Maßnahmen zur Sicherung der Arbeitsfähigkeit des Fachbereichs und eine Perspektive für dessen weitere Entwicklung auf den Weg zu bringen.

Herr H. Weber, Fraktion F-B-F, unterstützt die Anfrage und verweist auf die notwendige organisatorische Neuausrichtung. Die Ergebnisse der Untersuchungen von Rödl & Partner sollen in die weitere Organisationsentwicklung einfließen. Er sieht insbesondere im Rahmen des Stellenplans und der Haushaltsberatungen Handlungsbedarf.

Herr Dr. Reck erklärt, dass es im Kulturbereich insbesondere bei den Museen unbesetzte Stellen gebe, die kulturellen Angebote der Stadt jedoch weiterhin umfangreich seien. Er verweist unter anderem auf Ausstellungen, Veranstaltungen und die Landesliterartage. Die Situation müsse differenziert betrachtet werden. Gleichzeitig seien im Rahmen der Haushaltskonsolidierung Prioritäten zu setzen.

Herr George, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, erkundigt sich nach dem Stand des Projektes des Sportvereins Dessau 05 e. V., insbesondere hinsichtlich des geplanten Sanitärtraktes. Er verweist auf den hierzu erteilten Prüfauftrag und fragt nach dem aktuellen Sachstand und der weiteren Zeitschiene.

Herr Dr. Reck erklärt, dass noch grundlegende Anforderungen und ein Nutzungskonzept zu klären seien. Herr Wessel soll hierzu erneut mit dem Verein ins Gespräch kommen. Der aktuelle Sachstand soll im nächsten Sportausschuss vorgestellt werden. Die Stadt unterstütze das Projekt grundsätzlich, für die weitere Umsetzung seien jedoch noch wesentliche Grundlagen und die Finanzierung zu klären.

Herr George, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, kritisiert, dass seit dem Prüfauftrag bereits ein Jahr vergangen sei, und verweist auf die Möglichkeit einer künftigen Förderung. Ziel sei es gewesen, die erforderlichen Unterlagen rechtzeitig für eine weitere Förderperiode vorzubereiten.

Herr Mrosek, Fraktion der AfD, kündigt weitere Fragen zum sogenannten „Fall Alicia“ an und erklärt sich mit einer Behandlung im nichtöffentlichen Teil einverstanden. Herr Dr. Reck schlägt vor, die Angelegenheit dort zu behandeln.

Herr Dr. Reck stellt abschließend klar, dass er nicht zulasse, dass der Eindruck entstehe, die Stadt biete kein kulturelles Angebot. Anschließend beendet er den öffentlichen Teil der Sitzung und bedankt sich bei den Gästen.

13 Schließung der Sitzung

Dessau-Roßlau, 24.09.26

Dr. Robert Reck

Ramona Koch,
Herr Hillmer

